



2008/30 Thema

<https://jungle.world/artikel/2008/30/die-meister-der-manipulation>

Die islamistischen Meister der Manipulation

Die Meister der Manipulation

Von **Jörn Schulz**

Solange die Taliban über Rückzugsgebiete in Pakistan verfügen, können sie nicht besiegt werden. Die Stärkung des Jihadismus ist jedoch eine Folge der Entwicklung in Afghanistan.

Für Freundschaft ist im Agentengeschäft kein Platz, wohl aber für professionelle Wertschätzung. Von allen Geheimdienstchefs der Welt genieße Ashfaq Kiyani, ehemaliger Leiter des pakistanischen ISI und derzeit Generalstabschef, den größten Respekt bei der CIA, berichten Veteranen. Er sei ein Meister der Manipulation, und »wir bewundern diese Eigenschaft«, sagte ein pensionierter Agent der International Herald Tribune. Umso intensiver wird Nachwuchsspionen auf der »Farm«, einem Ausbildungszentrum der CIA in Virginia, eingeschärft, dass sie den Kollegen verbündeter Dienste nicht trauen dürfen. Zur Zusammenarbeit mit dem ISI gibt es keine Alternative, obwohl der Geheimdienst jihadistische Gruppen unterstützte und als die am stärksten islamistisch unterwanderte Institution des pakistanischen Militärapparats gilt. Wer sich bei der CIA bewirbt, erwartet vielleicht nicht gerührte Cocktails, willige Blondinen und ein Spesenkonto für die Spielbank, möchte sich aber auch nicht unbedingt, umgeben von grimmigen Bartträgern, bei einer Schale Hirsebrei in einer Berghöhle die Zehen abfrieren. Da für eine Infiltration auch noch spezielle Sprachkenntnisse und ein dunkler Teint erforderlich sind, mangelt es den US-Geheimdiensten weiterhin an human intelligence, die nicht zuvor von einem Meister der Manipulation bearbeitet wurde.

Weniger Bewunderung bringt der afghanische Präsident Hamid Karzai für die Leistungen der Agentenführer im Nachbarland auf: »Es gibt Leute im pakistanischen Geheimdienst und Militär, die kein stabiles und blühendes Afghanistan wollen.« Karzais Ärger ist verständlich, denn eine Guerillabewegung, die ein sicheres Rückzugsgebiet hat, ist unbesiegbar. Was immer den Taliban in Afghanistan widerfährt, sie können sich in Pakistan erholen, mit Waffen und Vorräten versorgen und neue Kämpfer rekrutieren. Doch das war so seit Anfang 2002, als die Jihadisten sich nach ihrer Niederlage gegen die US-Truppen und die Nordallianz reorganisierten. Dass die Taliban seit 2005 mehr und mehr an Stärke gewonnen haben, ist vor allem eine Folge der Entwicklung in Afghanistan. Um 40 Prozent sei die Zahl der Angriffe seit Jahresbeginn gestiegen, meldet die US-

Armee, und die Taliban können nun auch noch mit Verstärkung durch Anhänger von al-Qaida rechnen (siehe Seite 4). Bei einem Angriff auf einen Außenposten in Nuristan nahe der pakistanischen Grenze am 13. Juli töteten die Guerilleros, Taliban oder Anhänger des islamistischen Warlords Gulbuddin Hekmatyar, neun US-Soldaten. Zwei Tage später wurde der Stützpunkt geräumt, die Nato teilte mit, man werde »mit Patrouillen und anderen Mitteln eine starke Präsenz« aufrechterhalten.

Die Taliban und ihre Verbündeten sind nun in der Lage, kleinere Militärstützpunkte zu zerstören und in den Regionen, in denen nun nur noch sporadisch Regierungstruppen patrouillieren, ein Herrschaftssystem im Untergrund aufzubauen. Am Freitag voriger Woche wurde der afghanische Journalist Rahmatullah Naikzad freigelassen, nachdem der Geheimdienst ihn zwei Tage lang befragt hatte. Auf Einladung der Taliban filmte er die Verhandlung vor dem Sharia-Gericht und die anschließende Hinrichtung zweier Frauen, die als Prostituierte auf dem US-Stützpunkt in der Stadt Ghazni gearbeitet haben sollen. Offenbar waren die Islamisten sehr daran interessiert, ihre Macht zu demonstrieren, während die Regierung wohl nicht erbaut war über die Veröffentlichung der Bilder so kurz vor dem Besuch Barack Obamas.

Die überlegene Feuerkraft der knapp 70 000 ausländischen Soldaten genügt zwar, um die Städte zu halten und auch jedes Dorf zurückzuerobern. Doch wenn die Nato geht, kehren die Taliban zurück. Es ist Günter Gloser (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, vermutlich nur so herausgerutscht, die Afghanistan-Konferenz im Juni in Paris als Gelegenheit für eine »Halbzeitbilanz« zu bezeichnen. Noch sieben Jahre Krieg und eine Verlängerung, wenn es beim Unentschieden bleibt – das ist eigentlich nicht die Botschaft, die westliche Politiker gerne verkünden wollen. Derzeit spricht jedoch alles dafür, dass der Krieg andauern wird, bis sich die Konstellationen in der Region grundlegend ändern. Die afghanische Regierung und die Interventionsstaaten hoffen, dass das Militär in Pakistan doch noch die Jihadisten im Land besiegt. Derzeit hat die pakistanische Regierung jedoch alle Mühe, eine Offensive der Islamisten zurückzudrängen (siehe Seite 5). Die Taliban hoffen, in einem Abnutzungskrieg die westlichen Staaten zum Rückzug zwingen zu können. Doch beide US-Präsidentschaftskandidaten wollen die Truppen verstärken. Der Krieg ist im Westen unpopulär, aber er ist auch unspektakulär, und in keinem Nato-Staat gibt es eine Bewegung, die den Rückzug erzwingen könnte. Denkbar wären auch Veränderungen in der afghanischen Gesellschaft, die dem Jihadismus ein Ende bereiten. In der Epoche des »nationalen Befreiungskampfs« waren Guerillabewegungen bemüht, der Bevölkerung ein besseres Leben zu bieten, etwa durch die Aufbau von Schulen. Bei den Taliban ist das Gegenteil der Fall, weiterhin brennen sie Schulen nieder und terrorisieren die Bevölkerung.

Das sollte den Job der Regierung und der Interventionsstaaten eigentlich erleichtern, denn es gehört nicht viel dazu, im Vergleich zu den Taliban sympathisch zu erscheinen. Zumal die meisten Afghanen nicht einmal besonders anspruchsvoll sind. »In jeder Schule, die wir besuchten, in jedem Klassenzimmer, sagten die Lehrer, dass sie mehr Geld oder mehr Nahrung brauchen«, berichtet Anthony Banbury, Asien-Direktor des Welternährungsprogramms der Uno. Die Lehrer würden sich sogar mit Brot bezahlen lassen, aber nicht einmal das bekommen sie. Mit 43 Jahren ist die Lebenserwartung so niedrig wie im Zimbabwe Robert Mugabes, doch die gleichen Politiker, die Mugabe

Misswirtschaft vorwerfen, rühmen sich ihrer erfolgreichen Wiederaufbaupolitik in Afghanistan.

In einem Land, dessen Gesellschaft und Wirtschaft durch nunmehr 30 Jahre Bürgerkrieg zerrüttet sind, bleiben den Afghanen nur wenige Möglichkeiten. Die meisten Bauern leben in halbfeudalen Abhängigkeitsverhältnissen und müssen Schutzgeld an die Warlords zahlen. Industriearbeiter gibt es kaum, die gebildeten Mittelschichten haben immerhin die Wahl, ob sie sich einem der Warlords, der Regierung oder einer NGO andienen wollen. In jedem Fall ist mit der Arbeit eine Abhängigkeit verbunden, nicht Ansichten oder soziale Interessen, sondern die Stellung des Arbeitgebers im Machtkampf sind zumeist entscheidend für die politische Bindung. Deshalb spielen Parteien und Gewerkschaften kaum eine Rolle.

Statt wenigstens zu versuchen, neofeudale Abhängigkeitsverhältnisse zu bekämpfen, haben die Interventionsstaaten bei der Neuordnung Afghanistans die überwiegend islamistischen Warlords integriert. Eine auf deren Bedürfnisse zugeschnittene Verfassung macht Afghanistan zu einer »Islamischen Republik«, deren Justiz auf den »Bestimmungen der heiligen Religion des Islam« beruht. Der Tugendterror in den Gebieten unter der Kontrolle der Regierung ist diskreter. In Afghanistan stehen sich jedoch nicht Säkularisten und Islamisten gegenüber, sondern Jihadisten, die taktische Rücksichten nehmen, und Jihadisten, die keine taktischen Rücksichten nehmen.

Die Taliban sind extrem borniert, die Mädchenbildung etwa wird von fast allen islamistischen Bewegungen in der Welt ausdrücklich befürwortet. Doch auch die Taliban sind Meister der Manipulation, sie haben eine pragmatische Strategie entwickelt, die alle Chancen nutzt, die Warlordisierung und Militärintervention bieten. Sie profitieren vom Opiumhandel, aber auch von dessen Bekämpfung, denn viele Bauern, deren Felder zerstört wurden, schließen sich aus Wut oder Not den Jihadisten an. Es gibt einen harten Kern von überzeugten Islamisten, doch viele Kämpfer sind Söldner, meist gut motiviert, denn sie erhalten das Zwei- bis Vierfache dessen, was ein Soldat der afghanischen Armee verdient. Die Gewalt der Jihadisten verbreitet Angst und schüchtert ein, doch wenn die US-Luftwaffe mal wieder eine Hochzeitsgesellschaft mit einer Guerillerguppe verwechselt, treibt auch das den Taliban neue Rekruten zu.

In den pakistanischen Taliban-Gebieten sind die Verhältnisse ähnlich. Noch immer sind Koranschulen fast die einzigen Bildungsstätten, und die Regierung hat die Islamisten durch Maßnahmen wie das Parteienverbot bei Wahlen in den autonomen Stammesgebieten gestärkt. An geheimdienstlicher Professionalität mag der ISI anderen überlegen sein, doch die Kontrolle über die islamistischen Gruppen ist jenen, die sie für innen- und außenpolitische Ziele benutzen wollen, längst entglitten. Das scheint auch der pakistanischen Oligarchie langsam klar zu werden. Doch solange nur darüber debattiert wird, ob die Taliban durch Zugeständnisse beruhigt oder mit militärischer Gewalt bekämpft werden sollten, werden die gesellschaftlichen Verhältnisse den Jihadismus immer wieder hervorbringen.

Dass die Geheimdienste westlicher und islamischer Staaten, allen voran CIA und ISI, durch die Unterstützung der Mujahedin in den achtziger Jahren den Jihadismus erst zur stärksten Kraft in Afghanistan machten, ist nicht nur für die historische Analyse von Bedeutung. Viele Warlords, die damals ihre Karriere begannen, sind noch immer gut im

Geschäft, teils bei den Guerilla-gruppen wie Hekmatyar und Jalaluddin Haqqani, teils als Politiker in der Islamischen Republik Afghanistan wie Burhanuddin Rabbani oder Rashid Dostum. Wer über 20 Jahre Bürgerkrieg als erfolgreicher Kriegsunternehmer und Kriegsverbrecher überstanden hat, um sich sodann von der »internationalen Gemeinschaft« ein maßgeschneidertes Herrschaftssystem absegnen zu lassen, kann auch Anspruch auf den Titel »Meister der Manipulation« erheben.